

## **E-Mail-Newsletter**

### **23. Juli 2009**

Liebe Mitglieder und Interessierte,

anbei unser aktueller E-Mail-Newsletter, wie immer mit Nachrichten aus BaWü, Deutschland, Europa, Lese- und Veranstaltungstipps.

#### **1. Bleiberecht für aus dem Kosovo gefordert**

TeilnehmerInnen des Plenums des Flüchtlingsrates sprechen sich in einer Resolution für ein Bleiberecht aus. Menschenrechtskommissar der EU kritisiert Abschiebung von Minderheiten.

"Roma-Treffen" richtet Homepage mit Informationen über die Situation der Roma-Flüchtlinge ein.

#### **2. "Save me"**

Bericht der Rhein-Neckar-Zeitung über die Zustimmung des Heidelberger Gemeinderates zur Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen eines Resettlement-Programmes.

#### **3. Bleiberecht für Alvetina Lavrova**

Die pflegebedürftige Russin aus Konstanz ist von Abschiebung bedroht. Die TeilnehmerInnen des Plenums des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg haben mit einer Unterschriften dagegen protestiert. Der Südkurier berichtete.

#### **4. Statistik: Zahl der Asylbewerber im ersten Halbjahr leicht steigend**

Jeder Dritte kommt aus dem Irak, mehr Asylanträge von Flüchtlingen aus Afghanistan.

#### **5. Pro Asyl fordert Ausstieg aus den Frontex-Missionen im Mittelmeer**

In einer Pressemitteilung hatte Pro Asyl die Übergabe von Bootsflüchtlingen an Libyen, die auf hoher See von der italienischen Küstenwache gestoppt worden waren, scharf kritisiert.

#### **6. Pro Asyl: Weg mit dem deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommen!**

Anlässlich des Besuchs von Bundesaußenminister Steinmeier hat Pro Asyl erneut das Rückübernahmeabkommen mit diesem Staat kritisiert.

#### **7. Bleiberecht: NRW-CDU fordert Verlängerung des Beschlusses**

Auch bei den Christdemokraten gibt es erste Forderungen, den Bleiberechtsbeschluss zu verlängern: In Nordrhein-Westfalen hat sich die CDU im Landtag in einer Pressemitteilung für eine Verlängerung starkgemacht.

#### **8. Neue Abschiebungsbeobachterin am Flughafen Düsseldorf**

Die Abschiebungsbeobachtung soll sich nun auch Überstellungen im Dublin-Verfahren beobachten.

#### **9. "Stimmen für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte"**

Anlässlich der Bundestagswahlen fordern verschiedene Organisationen dazu auf, BundestagskandidatInnen zu fragen, was sie für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik tun wollen.

#### **10. Griechenland: Situation für Flüchtlinge wird immer schlimmer**

Neueinreisende Flüchtlinge würden ausnahmslos inhaftiert, es komme zu illegalen Abschiebungen. Flüchtlingskinder und Familien landen in der Obdachlosigkeit. Das berichtete Pro Asyl in einer Pressemitteilung am 16.07.

#### **11. Streit der EU-Innenminister um gemeinsame Asylpolitik**

Die von den ankommenden Flüchtlingen besonders betroffenen Staaten wie Italien und Malta fordern

mehr Solidarität von den anderen Mitgliedstaaten.

## **12. 459 tote Flüchtlinge an den europäischen Grenzen im 1. Halbjahr 2009**

Ein starker Rückgang gegenüber 2008, vermutlich aufgrund der hohen Zahl der Zurückweisungen auf hoher See. Das berichtet FortressEurope auf seiner Website und listet in einem weiteren Bericht die bekannten Zurückweisungen nach Libyen auf.

## **13. VG Frankfurt: Überstellung eines Irakers nach Griechenland rechtswidrig**

Der Mann war über Griechenland nach Deutschland geflohen. Hier leben auch seine Eltern und seine Schwester.

## **14. Film: Hotel Sahara**

## **15. Lesetipps**

Studie des Deutschen Institutes für Menschenrechte: Gravierende Mängel im deutschen Asylrecht

Studie des BAMF zu Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen

Infoblätter der Gesellschaft für bedrohte Völker zur kurdischen Minderheit in Syrien und ethnischen Minderheiten im Iran

## **16. Einträge auf roma-kosovoinfo**

## **17. Pro Asyl Newsletter Juli 2009**

## **18. Freiwilliges Soziales Jahr beim Ev. Oberkirchenrat Karlsruhe**

Im Bereich Migration und Flüchtlinge gibt es ab September09 die Möglichkeit, in einen interessanten Arbeitsbereich zu schnuppern.

## **19. Termine**

Einen schönen Sommer wünscht

Ihr Reiner Klass

## **1. Bleiberecht für Roma aus dem Kosovo gefordert**

### **"Bleiberecht für Roma aus dem Kosovo"**

Resolution der Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg am 11. Juli 2009

Die Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg hat sich auf ihrer Tagung am 11.07.09 gegen die Absicht des baden-württembergischen Innenministeriums ausgesprochen, zukünftig auch Roma zur Rückkehr ins Kosovo aufzufordern.

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen haben nach dem im Mai abgeschlossenen Rückübernahmeabkommen der Bundesrepublik mit dem Kosovo in den letzten Wochen unisono erklärt, Abschiebungen von Roma seien nach wie vor unverantwortlich. Der EU-Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg hatte noch im Juni betont, wie gefährlich das Leben für Roma im Kosovo sei. Es würde noch Jahre dauern, bevor Minderheiten sicher vor Unterdrückung seien. Man müsse "vorsichtig damit sein, sie zurückzuschicken".

Viele Roma konnten nicht von der Bleiberechtsregelung profitieren: Jahrelanges Nurgeduldetsein, dazu Arbeitsverbote und mangelnde Bildungschancen bereits im Herkunftsland, das alles stellt für viele ein schwer überbrückbares Hindernis dar für die Integration in den Arbeitsmarkt und eine Arbeit zu finden, die den Lebensunterhalt deckt. Viele sind aufgrund einer Krankheit oder aufgrund einer posttraumatischen Belastungsstörung nicht in der Lage zu arbeiten.

Die meisten Roma leben seit vielen Jahren, oft sogar seit Jahrzehnten, unter uns, ihre Kinder sind hier geboren, und Deutschland ist ihre Heimat. Ihre Abschiebung würde eine massive Gefährdung des Kindeswohls und eine Beschädigung ihrer Persönlichkeit bedeuten.

Im Kosovo sind Roma nach wie vor massiver Unterdrückung ausgesetzt. Auch der EU-

Menschenrechtskommissar betont, dass derzeit nicht absehbar ist, wann sich an dieser Situation etwas ändern wird. Rückkehrern droht der Aufenthalt in gesundheitsgefährdenden, bleibelasteten Lagern und menschenunwürdigen Behausungen. Hinzu kommt eine Arbeitslosigkeit von deutlich über 90 %, die ein Leben unter humanitären Mindeststandards zusätzlich erschwert. Daran können auch vorübergehende Überbrückungshilfen nichts ändern.

Deutschland hat aufgrund der Geschehnisse während des Nationalsozialismus eine besondere historische Verantwortung für diese Bevölkerungsgruppe. Anstatt die Rückführung der Roma in eine mehr als ungewisse Zukunft voranzutreiben, sollte das Land die Betroffenen bei ihrer Integration unterstützen und ihnen Aufenthaltserlaubnisse gewähren.

Die Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg appelliert daher an die Landesregierung,

- keine weiteren Abschiebungen von Roma ins Kosovo durchzuführen
- sowie ein dauerhaftes Bleiberecht für Roma aus dem Kosovo zu gewähren.

Gez. Angelika von Loeper

1. Vorsitzende

(Quelle: Pressemitteilung des Flüchtlingsrates vom 11.07.2009)

### **Menschenrechtskommissar der EU kritisiert Abschiebung von Minderheiten.**

In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 15. Juli hat der EU-Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg Abschiebungen von Roma ins Kosovo massiv kritisiert. In dem Gespräch appelliert Hammarberg an die Regierungen, nicht abzuschicken, da Kosovo derzeit noch nicht in der Lage sei, Rückkehrer aufzunehmen.

[Zum gesamten Artikel.](#)

### **"Roma-Treffen" richtet Homepage mit Informationen über die Situation der Roma-Flüchtlinge ein.**

Die Roma-Treffen setzen sich seit Herbst 2008 für einen sicheren Aufenthalt der Roma-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, Brennpunkt Kosovo, in Deutschland ein. Mit ihrem neuen Blog haben die Treffen jetzt einen zentralen Infopunkt im Internet eingerichtet: <http://romatreffen.wordpress.com>. Das Motto lautet - wie bei der Interkulturellen Woche 2009: "Misch' mit!".

Der neue Blog der Roma-Treffen bietet: Hinweise auf die Situation der Roma, der grössten Minderheit in Europa, sowie Positionen, Proteste, Dokumente, Termine und Service-Tipps für den Streit um einen sicheren Aufenthalt für Roma auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

Mehrere seit längerem bestehende Internet-Adressen mit gut recherchierten Informationen wie [www.roma-kosovoinfo.com](http://www.roma-kosovoinfo.com), [www.romarights.wordpress.com](http://www.romarights.wordpress.com) oder die websites der Flüchtlingsräte werden durch den neuen Blog ergänzt. Die Internet-Präsenz der Roma-Treffen bündelt wichtige Informationen für Roma und ihre Kooperationspartner in Deutschland. Auf bestehende wichtige Internet-Portale wird verwiesen. Die User sind eingeladen, auch selbst Beiträge und Kommentare einzugeben.

Termine für die nächsten Roma-Treffen und gemeinsame Protestaktionen sind nun rechtzeitig im Internet zu erfahren. Denn Roma-Flüchtlinge brauchen starke Kooperationspartner in der Zivilgesellschaft der Bundesrepublik: Mitwirken erwünscht!

Kontakt: <http://romatreffen.wordpress.com>

(Quelle: Pressemitteilung des Roma-Treffens vom 10.07.09)

## **2. "Save me-Kampagne"**

Zum Beschluss des Heidelberger Gemeinderates, Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlement-Programmes aufzunehmen (wir haben im E-Mail-Newsletter Nr. 140 bereits darüber berichtet), schrieb die Rhein-Neckar-Zeitung am 13. Juli:

### **Ein klares Signal**

Jetzt ist auch Heidelberg Teil eines großen internationalen Hilfsprogramms. Der Gemeinderat hat einstimmig die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen des vom Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) eingerichteten "Resettlement"-Programms beschlossen.

Ziel dieses Hilfsprogrammes ist es, besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus den überall in der Welt bestehenden Lagern eine dauerhafte Ansiedlung im jeweiligen Gastland zu ermöglichen. Dasselbe schließt die Bereitschaft ein, Jahr für Jahr eine bestimmte Anzahl betroffener Personen aufzunehmen. Die Initiatoren der "Save-me-Kampagne" in Heidelberg begrüßten dieses klare Signal des Gemeinderats für eine "verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik". Engagiert hat sich der Asylarbeitskreis Heidelberg, der von über 20 Heidelberger Organisationen, Instituten und Initiativen (darunter der Ausländer-Migrationsrat, die evangelische Kirche, das Städtische Theater und über 200 Paten) unterstützt wurde.

Der Beschluss reiht sich somit sehr gut in die erfolgreiche bundesweite "Save-me-Kampagne" ein, die inzwischen von 38 Städten und zwei Regionen mitgetragen wurde. "Dieses bürgerschaftliche Engagement signalisiert nicht nur Offenheit gegenüber dem weltweiten Hilfsprogramm, es gibt auch der Bundesregierung zu verstehen, dass sie mit einer breiten Zustimmung rechnen kann, wenn sie ihre Vorbehalte gegenüber den Zielen dieses humanitären Programms aufgibt", so die Initiatoren. Ein erster Schritt in die richtige Richtung sei der Beschluss der Bundesregierung vom Dezember 2008, 2500 irakische Flüchtlinge aus Jordanien und Syrien aufzunehmen. In diesem Jahr werden zehn bis 15 irakische Flüchtlinge nach Heidelberg kommen.

[www.save-me-kampagne.de](http://www.save-me-kampagne.de)

[www.save-me-heidelberg.de](http://www.save-me-heidelberg.de)

[www.asyl-heidelberg.de](http://www.asyl-heidelberg.de)

[Bereits über 700 irakische Flüchtlinge in Deutschland eingetroffen.](#) Pressemitteilung des BMI vom 15.07.09.

### 3. Bleiberecht für Alvetina Lavrova

Die pflegebedürftige Russin aus Konstanz ist von Abschiebung bedroht. Die TeilnehmerInnen des Plenums am 11. Juli haben mit einer Unterschriftenaktion dagegen protestiert. Der Südkurier berichtete am 14. Juli:

#### Flüchtlingsrat ist erbost

Konstanz (rin) Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und rund 30 Vertreter der darin organisierten Projekt- und Freundeskreise setzen sich für die pflegebedürftige Russin Alvetina Lavrova (72) ein, der die Ausweisung droht (der Südkurier hat berichtet). Die Mitglieder der Asyl- und Flüchtlingsgruppen unterzeichneten am Wochenende ein Papier, in dem sie ihr Unverständnis über die Einschätzung des Konstanzer Bürgeramts zum Ausdruck bringen.

Die Behörde lehnt eine Härtefallregelung ab, die es der Russin ermöglichen würde, sich weiter von der Familie in Deutschland pflegen zu lassen. Dabei legt die Familie dar, wie die kranke Frau durch den Verkauf ihrer Wohnung in St. Petersburg langfristig ihren Lebensunterhalt in Deutschland sichern könnte. Das Bürgeramt akzeptiert diese "fiktiven" Einnahmen allerdings nicht und besteht auf die Ausreise. Inzwischen hat Rechtsanwalt Rudy Haenel, der die Russin vertritt, Widerspruch gegen den Bescheid des Bürgeramts erhoben. Nun muss sich auch das Regierungspräsidium in Freiburg mit dem Fall befassen.

Auf den Südkurier-Bericht über das Schicksal der Russin reagierte auch eine 89 Jahre alte Seniorin aus Konstanz: "Sie stellt ja keine Ansprüche, warum sollte die Frau ausgewiesen werden? Vom menschlichen Standpunkt kann ich das nicht verstehen", sagte die Frau, die gegenüber der Zeitung Namen und Adresse nannte, aber in der Öffentlichkeit anonym bleiben möchte. Und auch im Internet haben User bereits kommentiert. "Verkehrte Welt", schreibt User "musiker". "Vielleicht sollte man einen Wohnort-Wechsel in Betracht ziehen", hinterfragt "kn123", dort wäre die Gastfreundschaft "sicher etwas größer".

### 4. Statistik: Zahl der Asylbewerber im ersten Halbjahr leicht steigend

#### Jeder Dritte kommt aus dem Irak, mehr Asylanträge von Flüchtlingen aus Afghanistan.

Im ersten Halbjahr 2009 wurden in Deutschland 12.454 Asylerstanträge gestellt. Damit kamen im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres 1.443 Asylerstantragsteller (+ 13,1 Prozent) mehr nach Deutschland.

Weiterhin mit Abstand am Häufigsten waren irakische Asylanträge, wenn auch mit leicht sinkender Tendenz: Etwa jeder vierte Asylbewerber kam aus dem Irak. Deutlich angestiegen sind die Asylbewerberzahlen aus Afghanistan. Wurden hier im ersten Halbjahr 2008 noch 220 Erstanträge gestellt, so waren es im ersten Halbjahr 2009 insgesamt 1.120 Anträge.

(Quelle: Pressemitteilung des BMI v. 15.07.09)

[Zur gesamten Pressemitteilung mit allen Zahlen.](#)

## **5. Pro Asyl fordert Ausstieg aus den Frontex-Missionen im Mittelmeer**

### **Deutsche Beteiligung an der völkerrechtswidrigen Übergabe von Bootsflüchtlingen an Libyen?**

Antwort der Bundesregierung wirft neue Fragen auf - PRO ASYL: Ausstieg aus den FRONTEX-Missionen im Mittelmeer

Am 18. bzw. 19. Juni 2009 wurden nach einem Bericht der Zeitung "Malta Today on Sunday" mehrere Dutzend Bootsflüchtlinge 110 Meilen südlich von Malta auf hoher See von der italienischen Küstenwache aufgebracht und dann einem libyschen Patrouillenboot übergeben. An dieser Aktion soll ein Helikopter der Bundespolizei mitgewirkt haben. Eine diesbezügliche schriftliche Frage des Abgeordneten Josef Winkler (Bündnis 90 / Die Grünen) vom 25. Juni 2009 hat die Bundesregierung inzwischen beantwortet.

Die Antwort wirft neue Fragen auf. Tatsächlich waren Hubschrauber der Bundespolizei eingesetzt. Im Rahmen der FRONTEX-Operation "Nautilus IV" sollen sie jedoch beim Aufgriff und der Übergabe von Bootsflüchtlingen an libysche Hoheitsträger nicht beteiligt gewesen sein. Die Aktion der italienischen Küstenwache sei keine Maßnahme im Rahmen der FRONTEX-Operation gewesen.

Mag sein, dass die deutsche Hubschrauberbesatzung die Informationen über die Ortung eines Flüchtlingsboots "zuständigkeitshalber" an die Malteser weitergegeben hat, ohne Kenntnis darüber, was dann geschehen würde. Auf Unkenntnis und Arglosigkeit kann sich die Bundesregierung jedoch lediglich rückwirkend berufen. Nachdem bekannt ist, auf welche Weise Italien und Malta unter Bruch des Völkerrechtes mit Libyen kooperieren, muss die Bundesregierung ihre Beteiligung an Gemeinschaftsoperationen - ob im Rahmen von FRONTEX oder außerhalb - unverzüglich beenden. Sie wirkt sonst am Völkerrechtsbruch aktiv mit.

Keinesfalls genügt der Hinweis, dass eine Kooperation mit Libyen nicht Bestandteil des Einsatzplanes von "Nautilus IV" ist.

Der Vorfall und seine Bestätigung belegen die von PROASYL vorgebrachte Kritik, dass die Verantwortlichkeiten für den Umgang mit Bootsflüchtlingen im Mittelmeer und im Atlantik absichtlich so ausgestaltet sind, dass die Verantwortung letztendlich ungreifbar wird.

Die italienischen Praktiken gehen weiter. Die seit Tagen auch in der deutschen Presse kursierenden Informationen, Anfang Juli vor Lampedusa aufgegriffene Bootsflüchtlinge seien nicht nach Libyen zurückgeschoben worden, sind falsch. Von den insgesamt 89 Flüchtlingen konnten 65 Männer in der libyschen Haftanstalt von Zuwarah lokalisiert werden. Neun Frauen befinden sich in einem Frauengefängnis östlich von Tripolis. Die Mehrheit der Inhaftierten sind eritreische Kriegsdienstverweigerer, die mit Haft auf unbestimmte Zeit oder gar ihrer Abschiebung nach Eritrea rechnen müssen.

gez. Bernd Mesovic, Referent

(Quelle: Pro Asyl-Pressemitteilung vom 7. Juli 2007)

## **6. Pro Asyl: Weg mit dem deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommen!**

### **Steinmeier in Syrien**

#### **Wo verläuft die Grenze zwischen Diplomatie und Kollaboration?**

PRO ASYL: Das deutsch-syrische Rückübernahmeabkommen muss ausgesetzt werden.

Bundesaußenminister Steinmeier hält sich in Syrien auf. Zu seiner Syrien-Diplomatie hat er im Jahr 2008 Willi Brandt zitiert: "Wenn man nur mit grundanständigen Menschen verhandeln wollte, müsste man das Auswärtige Amt dicht machen." Als diplomatische Maxime mag dies gelten. Unentschuldig ist, dass parallel zu Steinmeiers Einbindungsstrategie Deutschland ein Rückübernahmeabkommen mit Syrien unter Federführung des Bundesinnenministers unterzeichnet hat. Bis zu 7.000 Flüchtlingen, darunter vielen Minderheitenangehörigen, droht die Abschiebung.

Wo Rückübernahmeabkommen mit Folterstaaten unterzeichnet werden, da wird Diplomatie zur Kooperation.

Zwar bagatellisiert der Lagebericht des Auswärtigen Amtes zur Situation in Syrien an einigen Stellen unter Verwendung des Konjunktives: "Es soll weiterhin vereinzelt zu folterbedingten Todesfällen kommen."

Andererseits stellt er klar, dass Polizei, Justizvollzugsorgane und Geheimdienste weiterhin systematisch Gewalt anwenden und körperliche Misshandlungen z.B. im Polizeigewahrsam an der Tagesordnung sind. Der Begriff "Misshandlungen" kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hier um Folter handelt, die "der generellen Gefügigmachung ebenso wie der Erzwingung von Geständnissen, der Nennung von Kontaktpersonen und der Abschreckung" dient.

Die Methoden des Regimes werden von Menschenrechtsorganisationen aufgezählt. Vom Verschwindenlassen über Inhaftierungen ohne Vorführungen vor einem gesetzlichen Richter, von Bedrohungen der Familienangehörigen politisch Verfolgter über die Missachtung rechtstaatlicher Prinzipien in Gerichtsverfahren bis zur Vollstreckung von Todesurteilen. Menschen sitzen jahrelang im Gefängnis wegen so absurder Vorwürfe wie der "Schwächung des Nationalgefühls und der Verbreitung von Falschmeldungen zur Schwächung des Geistes der Nation".

PRO ASYL fordert die unverzügliche Aussetzung des Rückübernahmeabkommens. Es ist unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten untragbar. Kein außenpolitisches Interesse an der Einbindung Syriens in den Nahost-Friedensprozess kann seine Umsetzung rechtfertigen.

gez. Bernd Mesovic, Referent

(Quelle: Pro Asyl-Pressemitteilung vom 7.07.09)

### **7. Bleiberecht: NRW-CDU fordert Verlängerung des Beschlusses**

Auch bei den Christdemokraten gibt es erste Forderungen, den Bleiberechtsbeschluss zu verlängern: In Nordrhein-Westfalen hat sich die CDU im Landtag in einer Pressemitteilung für eine Verlängerung starkgemacht. [Die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Juli](#), die NRW-CDU würde sich für ein längeres Bleiberecht von den rund 12.000 in NRW seit vielen Jahren lebenden Flüchtlingen einsetzen. Dass viele Flüchtlinge aufgrund der Wirtschaftskrise keine Vollzeitbeschäftigung fanden, sei wenig verwunderlich. Deshalb soll ihnen ein Jahr mehr Zeit gegeben werden, sich auch wirtschaftlich zu integrieren.

### **8. Neue Abschiebungsbeobachterin am Flughafen Düsseldorf**

Seit dem 20. Juli 2009 gibt es nach längerer Vakanz wieder eine Abschiebungsbeobachtung für die Flughäfen in NRW mit Sitz am Flughafen Düsseldorf. Ihr Auftrag ist nicht nur die Beobachtung von Abschiebungen in die Herkunftsländer, sondern nunmehr wohl auch die Beobachtung von sog. Überstellungen in Dublin-Verfahren.

[Informationen zum Forum Flughäfen in Nordrhein-Westfalen \(FFiNW\)](#) - Abschiebungsbeobachtung.

### **9. "Stimmen für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte"**

Die Bundestagswahlen stehen vor der Tür und die zweite Runde der Kampagne "Stimmen für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte" auch.

Fragen Sie Ihre Bundestagskandidatinnen und -kandidaten, was sie für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik tun wollen!

Dazu fordert das Bündnis "Stimmen für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte" (kurz [www.stimmen09.de](http://www.stimmen09.de)) auf. 14 Organisationen sind hier zusammengelassen, die die Europa- und die Bundestagswahlen im Jahr 2009 dazu nutzen wollen, für eine humane Flüchtlingspolitik zu werben.

Mit dabei sind die Jugendlichen ohne Grenzen, das GRIPSTheater Berlin, die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg, der Bayerische Flüchtlingsrat, die Internationale Liga für Menschenrechte und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Auch Asyl in der Kirche, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und "borderline-europe" sind an Bord.

Die erste Runde ist jetzt mit den Europawahlen gelaufen und das Ergebnis kann sich sehen lassen: Über 2.400 Menschen haben insgesamt die "Koalitionsaussage" für eine neue Flüchtlingspolitik unterschrieben.

Die Parteien haben auf die Wahlprüfsteine geantwortet.

Neben der Koalitionsaussage hatte das Bündnis STIMMEN.09 den Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl mit Wahlprüfsteinen zu 8 Themen noch ein wenig Hausarbeit aufgegeben. In der Antwort CDU/CSU heißt es beispielsweise: "Unbegleitete Minderjährige sollen grundsätzlich nicht abgeschoben



werden". Bündnis 90/Die Grünen haben geschrieben: "Obwohl kaum noch Flüchtlinge zu uns gelangen, hat die große Koalition die Abschottung weiter verschärft. Deutschland wird damit seiner humanitären Verantwortung in der Welt nicht gerecht." Und die "Linke" meint, dass die Tätigkeit der "europäischen Grenzschutzagentur" FRONTEX "systematisch die Möglichkeit einer(gefahrlosen) Einreise in die EU" erschwert und die Tendenz verstärkt, "dass sich Schutzsuchende und unerwünschte MigrantInnen in die Hände von Schleppern und / oder auf lebensbedrohliche Einreiserouten begeben müssen." Auch die FDP stellt in ihrer - von deren Generalsekretär Dirk Niebel unterzeichneten - Stellungnahme zum Thema FRONTEX fest:

"Vielfach bekannt gewordene Fragen über die Abdrängung von Flüchtlingen auf hoher See oder der fehlende Schutz von in Seenot befindlichen Menschen muss thematisiert und schnellstmöglich einer rechtsstaatlichen Lösung zugeführt werden. Auch hier ist der völkerrechtlich bzw. grundrechtlich gebotene Menschenrechtsschutz für die Flüchtlinge zu gewährleisten."

Das hören wir gern, aber wir wollen es genauer wissen - daher treten wir vom August an wiederum mit zahlreichen Kandidatinnen und Kandidaten in den Dialog. Denn nun geht es um die konkrete Politik der Zukunft - es wird sich zeigen, wie viel Menschenfreundlichkeit da drin ist. Das Bündnis "STIMMEN für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte" bleibt jedenfalls dran - diesmal geht es um die Stimmen zur Bundestagswahl.

<http://www.stimmen09.de/>

<http://www.hier.geblieben.net/>

<http://jogspace.net/start.html>

Kontakt:

[Flüchtlingsrat Berlin](#), Tel: 030-243 44 57 62

[Internationale Liga für Menschenrechte](#), Tel: 030-396 21 22

## 10. Griechenland: Situation für Flüchtlinge wird immer schlimmer

### Flüchtlinge in Griechenland: Situation spitzt sich dramatisch zu

EU-Innenminister in Stockholm: Barrot erwartet mehr Solidarität des Nordens. PRO ASYL fordert Abschiebestopp und zügige Aufnahme von Schutzsuchenden auch in Deutschland

Die Situation von Schutzsuchenden in Griechenland spitzt sich dramatisch zu. Den heute in Stockholm tagenden EU-Innenministern schlägt der Vizepräsident der EU-Kommission, Jacques Barrot, vor, Flüchtlinge aus Griechenland EU-weit zu verteilen. PRO ASYL begrüßt diese Initiative. "Deutschland darf nicht tatenlos zusehen, wie die Situation in Griechenland völlig außer Kontrolle gerät," so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. "Die unbürokratische Weiterleitung der in Griechenland festsitzenden Schutzsuchenden ist ein Gebot der Menschlichkeit und der Solidarität."

Die Lage in Griechenland:

- Neueinreisende Flüchtlinge werden ausnahmslos inhaftiert. Die Haftzentren sind brechend voll. Nunmehr droht nach einer Gesetzesänderung eine Inhaftierung von sechs Monaten - bisher lag die Höchstdauer bei drei Monaten.
- Jetzt landen sogar Flüchtlingsfamilien zunehmend auf Dauer in der Obdachlosigkeit. In Athen vertreiben rechtsradikale Bürgerwehren Flüchtlinge und Migranten von öffentlichen Plätzen. Täglich finden Polizeirazzien statt. Asylsuchende werden willkürlich erneut inhaftiert.
- Dokumentierte illegale Abschiebungen in die Türkei häufen sich.
- Tausende minderjährige Flüchtlingskinder irren durch das Land: obdachlos, mittellos und schutzlos.
- Ende Juni hat die Regierung Karamanlis die zweite Asylinstanz abgeschafft. Künftig entscheiden ausschließlich Polizeidirektoren in den Regionen über Schutzgesuche.

Die Mitverantwortung der EU-Mitgliedstaaten im Norden und Westen für die desolate Situation liegt auf der Hand. Seit Jahren schieben sie die Verantwortung für die Flüchtlingsaufnahme den Staaten an der EU-Außengrenze zu und beobachten tatenlos, wie diese immer rücksichtsloser gegen Flüchtlinge vorgehen.

Die EU steht in der Pflicht, u. a. die über 2.000 völlig auf sich allein gestellten Flüchtlingskinder aus Afghanistan zu schützen. Ist der griechische Staat unwillig oder nicht in der Lage, dies zu tun, dann muss Europa gemeinsam handeln. Die EU-Innenminister sind gefordert, einen Verteilungsmechanismus zu beschließen und besonders Schutzbedürftige aus Griechenland nach humanitären Kriterien europaweit zu

verteilen.

gez. Karl Kopp

Europareferent von PRO ASYL, Vorstandsmitglied von ECRE

(Quelle: Pro Asyl-Pressemitteilung, 16.07.2009)

### 11. Streit der EU-Innenminister um gemeinsame Asylpolitik

Die EU-Innenminister sind sich weiterhin nicht einig, wie die zukünftige gemeinsame Asylpolitik aussehen könnte. Bei einem Treffen in Stockholm am 16. Juli hat Bundesinnenminister Schäuble Forderungen der Mittelmeerländer zurückgewiesen, Bootsflüchtlinge über die gesamte EU zu verteilen. Er verwies auf die hohe "Vorbelastung" Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen und wehrte sich gegen den Vorwurf, Deutschland würde nicht genug Flüchtlinge aufnehmen.

Der schwedische EU-Ratsvorsitzende hatte um mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten gebeten. Das Thema wurde vertagt.

(Quellen: AFP, Stuttgarter Zeitung vom 17.07.09)

### 12. 459 tote Flüchtlinge an den europäischen Grenzen im 1. Halbjahr 2009

Die Zahl der Toten an den Grenzen sinkt. Das erste Mal in den letzten drei Jahren. Die Presse berichtete im ersten Halbjahr 2009 von 434 Toten auf den Migrationsrouten im Mittelmeer. Dazu gerechnet werden müssen die 25 an den Landgrenzen gestorbenen Menschen, unter ihnen drei Jugendlichen, die unter einem Lastwagen geklemmt über die Adria in einen italienischen Hafen kamen. Im letzten Jahr gab es im gleichen Zeitraum 985 Tote. Die Daten, auf Berichten der internationalen Presse basierend, wurden von Fortress Europe veröffentlicht. Eine Erklärung für die Verringerung der Schiffsunglücke ist der Rückgang der Ankünfte. Vor allem in Spanien und Italien. Seit dem Beginn der Zurückweisungen auf See nach Libyen am 7. Mai 2009 kann man die Ankünfte in Sizilien an einer Hand abzählen. Auch auf den Kanaren gab es im April und Mai keine Ankünfte, im Juni kamen nur sehr wenige auf der Inselgruppe an. Das sind die Folgen der Zurückweisung auf See, der gemeinsamen Patrouillen mit Senegal und Mauretanien, koordiniert durch Frontex. Aber es ist noch zu früh, um die Daten wirklich mit dem Vorjahr zu vergleichen. Aus dem südlichen Mittelmeerraum erreichen uns kaum Meldungen. Deshalb kann man nicht mit Sicherheit sagen, ob die Zahl der Toten gesunken ist oder ob die Schiffsunglücke nicht einfach in weit abgelegenen Gegenden, in der Nähe der libyschen Küste oder auf hoher See, geschehen, und damit für unsere Augen und Kameras nicht mehr sichtbar sind.

Im Detail sind die folgenden Zahlen von Fortress Europe aus der Internationalen Presse gesammelt worden: im ersten Halbjahr 2009 wurden 339 Opfer auf der Route nach Malta und Lampedusa verzeichnet (im Gegensatz zu den 650 Opfern im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres). 87 Menschen starben vor den Küsten Spaniens (136 waren es im ersten Halbjahr 2008), und 8 Menschen in der Ägäis zwischen der Türkei und Griechenland (199 im Vorjahreszeitraum). Zwischen Algerien und Sardinien weiß man von nur einem Opfer. Die Leiche wurde an der Isola die Cavoli, in der Nähe der sardischen Stadt Cagliari, aus dem Meer gefischt. Dahinter könnte sich allerdings ein größerer Schiffsbruch verbergen, von dem keinerlei Details bekannt sind.

[Zum gesamten Bericht.](#)

Auf der Website findet sich außerdem eine [Liste der dokumentierten Zurückweisungen](#) nach Libyen. Im Zeitraum 5. Mai bis 5. Juli wurden demnach belegbar 1.122 Flüchtlinge von Italien nach Libyen zurückgewiesen.

### 13. VG Frankfurt: Überstellung eines Irakers nach Griechenland rechtswidrig

Die 7. Kammer des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main hat mit Urteil (Az. 7 K 4376/07.F.A (3)) vom 08.07.2009 festgestellt, dass im Falle eines iranischen Asylsuchenden die Überstellung nach Griechenland rechtswidrig war. Der junge Iraner musste im Jahr 2007 aus dem Iran fliehen, wo ihm akut Verfolgung drohte.

Er kam über Griechenland nach Deutschland. Hier lebenseine Eltern und seine Schwester. Das Bundesamt



für Migration und Flüchtlinge erklärte sich allerdings für unzuständig und ordnete die "Überstellung" des Iraners nach Griechenland an, weil er dort zum ersten Mal das Territorium der EU betreten hat.

Das Verwaltungsgericht Frankfurt urteilte nun, dass diese Entscheidung rechtswidrig war: Deutschland ist zuständig - die Bundesrepublik Deutschland wurde verpflichtet, die Überstellung nach Griechenland rückgängig zu machen.

#### 14. Film über Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa: Hotel Sahara

Wir kennen den Film selbst noch nicht, denn er läuft erst am 6. August mit nur wenigen Kopien in Deutschland an. Aber er klingt so vielversprechend, dass wir es nicht lassen können, darauf hinzuweisen:

"Hotel Sahara" stellt den zahllosen Medienberichten übergestrandete Flüchtlinge und Asyl-Suchende drei persönliche Geschichten gegenüber. Regisseurin Bettina Haasen nimmt sich Zeit, sich den Betroffenen wirklich anzunähern und erzählt in atmosphärischen und eindringlichen Bildern von Menschen, deren Geschichten, Wünsche und Ängste für den Zuschauer spürbar und unvergesslich werden.

Eine kleine Stadt an der mauretanischen Küste ist das Casablanca des 21. Jahrhunderts. Hier, zwischen Wüste und Meer, begegnen sich zahllose Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa. Reisende aus allen Staaten südlich der Sahara erreichen diesen Schmelztiegel der Kulturen, der seit Jahrzehnten Menschenströme aufnimmt und sie über das Meer weiter in Richtung Spanien schickt. Doch was den meisten als hoffnungsvoller Ausgangspunkt für ein neues Leben gilt, erweist sich allzu oft als Endstation der Migrations-Träume. Denn bei dem Versuch, die horrenden Kosten für die lebensgefährliche Überfahrt in kleinen Pirogen aufzutreiben, bleiben unzählige Frauen und Männer in Nouhadibou stecken.

"Hotel Sahara" ist die intime Momentaufnahme eines Provisoriums. Zwischen Ankunft und Abreise, zwischen Todesnachrichten und Hoffnungseuphorie, zwischen Zukunftsträumen und der enttäuschenden Gegenwart behaupten die Protagonisten eine faszinierende Kraft und Energie.

Menschen, die sich mit der Situation von Flüchtlingen und deren Leben auseinandersetzen, sich in besonderer Weise der Kultur Afrikas oder der Umsetzung von menschenwürdigen Lebensumständen annehmen, sollen diesen Film unbedingt sehen.

In Baden-Württemberg ist der Film zunächst wohl nur in Freiburg (ab 6.08. im Friedrichsbau) zu sehen. Weitere [Vorführtermine](#) finden Sie auf der Website zum Film.

#### 15. Lesetipps

##### Studie des Deutschen Institutes für Menschenrechte:

**Ruth Weinzierl: Der Asylkompromiss 1993 auf dem Prüfstand.** Gutachten zur Vereinbarkeit der deutschen Regelungen über sichere EU-Staaten und sichere Drittstaaten mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, dem EU-Recht und dem Deutschen Grundgesetz.

Der Asylkompromiss, der 1993 nach zähem politischem Ringen verabschiedet wurde, ist in zentralen Teilen rechtlich nicht mehr haltbar. Zu diesem Ergebnis kommt ein vom Deutschen Institut für Menschenrechte veröffentlichtes Gutachten.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die gegenwärtige deutsche Rechtslage der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) im Lichte der jüngeren Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und dem EU-Recht widerspricht. Zudem verstoße das deutsche Recht seit 2007 gegen das Deutsche Grundgesetz (GG), weil der Deutsche Bundestag seither die Bestimmung sicherer Drittstaaten auf EU-Ebene einfach hinnehmen muss. Dies wiederum sei nicht mit dem verfassungsmäßig garantierten Parlamentsvorbehalt vereinbar.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte empfiehlt den deutschen Verwaltungsgerichten, Schutzsuchenden Menschen unter Berufung auf die EMRK, das EU-Recht und das GG effektiven Rechtsschutz zu gewähren. Weiterhin empfiehlt das Institut den deutschen Verwaltungsgerichten, Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem AsylVfG dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) beziehungsweise dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) vorzulegen. Dem deutschen Gesetzgeber wird die Änderung des AsylVfG empfohlen, dem EU-Gesetzgeber eine menschenrechtsorientierte Neufassung der EU-Zuständigkeitsverordnung ("Dublin II-Verordnung").

35 S. Die [Studie kann auf der Website des Institutes für Menschenrechte heruntergeladen](#) werden.

### Studie des BAMF zu Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen:

"**Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland - Aufnahme, Rückkehr und Integration**": Auf der BAMF-Seite heißt es zur Publikation u. a.: "Das Working Paper 26 bietet einen systematischen Überblick über das Asylverfahren und andere wesentliche Praktiken und Verfahren, die im Zusammenhang mit der Einreise und dem Aufenthalt minderjähriger Flüchtlinge nach bzw. in Deutschland zum Einsatz kommen. Vielfach gelten hier andere Anforderungen als bei Erwachsenen, da Kinder gemäß nationaler und internationaler Vorschriften besonders schutzbedürftig sind. Die zuständigen Behörden müssen u. a. für eine geeignete Unterbringung der Minderjährigen sorgen, Vormünder bestellen und den individuellen Bedarf an Jugendhilfemaßnahmen ermitteln.

Daneben bietet das Working Paper Statistiken über unbegleitete Minderjährige in Deutschland in den vergangenen Jahren."

[Download über die Website des BAMF.](#)

### Infoblätter der Gesellschaft für bedrohte Völker zur kurdischen Minderheit in Syrien und ethnischen Minderheiten im Iran

Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat zwei Infoblätter herausgegeben:

**Iran: Vielvölkerstaat ohne Gleichberechtigung und Glaubensfreiheit.**

**Syrien: Kurdische Minderheit wird unterdrückt.** Informationen über die Lage der Kurden in Syrien.

Beide Infoblätter können Sie bei der **Gesellschaft für bedrohte Völker**, Postfach 2024, 37010 Göttingen, Tel.: 0551-49906-0, Fax: 0551-58028, kostenfrei bestellen.

## 16. Einträge auf roma-kosovoinfo

### Nachrichten:

5. Juli 2009

#### **Menschenrechtskommissar fordert europäische Staaten auf, keine Flüchtlinge ins Kosovo abzuschicken**

Ein neuer Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarats hebt die anhaltende Diskriminierung der Roma, Ashkali und Kosovoägypter hervor. Die allgemeine Sicherheitslage für diese drei Gemeinschaften im Kosovo, die wirtschaftliche und soziale Lage seien die wesentlichen Hindernisse für eine dauerhafte Rückkehr der Flüchtlinge. Der Kommissar fordert die europäischen Staaten daher auf, von Abschiebungen abzusehen und den Flüchtlingen ein Bleiberecht zu garantieren, bis sich die Lage in Kosovo verbessert hat. Der vollständige Bericht kann hier heruntergeladen werden.

<https://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?>

[Index=no&command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=1270879&SecMode=1&DocId=1423484&Usage=2](https://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?Index=no&command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=1270879&SecMode=1&DocId=1423484&Usage=2)

3. Juli 2009

#### **Auch Niedersachsen beginnt mit Abschiebungen von Roma**

(Chachipe) Am vergangenen Freitag wurde Semsir R. in Göttingen festgenommen, als er seine Duldung verlängern wollte. Gestern wurde er abgeschoben. Der Fall des 40-jährigen Mannes, der Vater von vier in Deutschland geborenen Jugendlichen ist, wo Semsir R. seit 17 Jahren lebt, ist der erste bekanntgewordene Fall in Niedersachsen, wo ein Kosovoroma auf Grundlage des Anfang des Jahres zwischen der Bundesregierung und der kosovarischen Behörden ausgehandelten bilateralen Wiederaufnahmeabkommens abgeschoben wurde. Vor sechs Wochen wurde ein anderer Kosovoroma aus Fulda in Hessen nach Kosovo abgeschoben.

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=221&Itemid=1](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=221&Itemid=1)

### Dokumente:

Report of the Council of Europe Commissioner for Human Rights' Special Mission to Kosovo (23-27 March 2009), Juli 2009

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Aktuell](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Aktuell)

Rom e.V.: Reisebericht April 2009 (Teil 2)

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Reiseberichte](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Reiseberichte)

### Medienspiegel:

Torsten Fiebig: Roma-Familie steht vor der Abschiebung. Landrat: "Der Kreis hat kein Ermessen", 11.7.2009

<http://www.newsclick.de/index.jsp/menuid/2164/artid/10621530>

Kosovars displaced by war face reintegration obstacles, says UN rights expert, UN News Centre, 7 July 2009

<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=31385&Cr=kosovo&Cr1=>

Daniel Etter: Banger Blick auf den Kalender, in: Badische Zeitung, 1.7.2009

<http://www.badische-zeitung.de/freiburg/banger-blick-auf-den-kalender--16644329.html>

epd: Landrat sieht Chancen für Rückkehr aus dem Kosovo, 29.6.2009

[http://www.epd.de/niedersachsen\\_bremen/niedersachsen\\_bremen\\_index\\_66276.html](http://www.epd.de/niedersachsen_bremen/niedersachsen_bremen_index_66276.html)

Peter George: Ethnic minority communities struggle to break a cycle of poverty in Kosovo

[http://www.unicef.org/girlseducation/index\\_50107.html](http://www.unicef.org/girlseducation/index_50107.html)

Video: [http://www.unicef.org/videoaudio/ramfiles/8362h\\_kosovopoverty.ram](http://www.unicef.org/videoaudio/ramfiles/8362h_kosovopoverty.ram)

### Links:

[www.roma-treffen.de](http://www.roma-treffen.de)

Informationen zum Bleiberecht für Roma aus Ex-Jugoslawien, Brennpunkt Kosovo

### 17. Pro Asyl: Newsletter Nr. 149 Juli 2009

<http://www.proasyl.de/de/news/newsletter-ausgaben/nl-2005/newsletter-nr-149/#c10668>

### Inhalt

#### Allgemeine Meldungen

[Bündnis fordert Wende in der europäischen Flüchtlingspolitik](#)

[Kleine Anfrage zur Arbeit von FRONTEX beantwortet](#)

[Caritas und Diakonie veröffentlichen Erfahrungsbericht zum Bleiberecht](#)

[Vortrag von Rechtsanwältin Silke Schäfer zum Thema Altfallregelung](#)

[Zur Situation von in Deutschland lebenden syrischen Folteropfern](#)

[Große Anfrage zur Aufnahme unbegleitet einreisender Minderjähriger beantwortet](#)

[Reaktion der Bundesregierung auf PRO ASYL-Untersuchung zum Flughafenverfahren](#)

[Bundesverfassungsgericht spricht Richtern medizinische Sachkenntnis ab](#)

[Dringender Roma-Appell an die EU](#)

[Erlass zu Rückführungen in die Republik Kosovo](#)

[Bericht zur Situation der Angehörigen von Verschwundenen im Kosovo](#)

[Human Rights Watch zur Situation der Roma im Kosovo](#)

[Abschiebung in den Kosovo zusammen mit Peiniger](#)

[Ausgabe "KDV im Krieg" mit Interviews eritreischer Flüchtlinge](#)

[Bayerische Flüchtlingslager weiter in der Diskussion](#)

[Massenabschiebung von Vietnamesen mit Air Berlin](#)

[Stellungnahme zur Situation der Yeziden in Syrien](#)

#### Herkunftslandbezogene und internationale Meldungen

[Bericht über Haftbedingungen in Libyen](#)  
[Guinea-Abschiebungen sind wieder möglich](#)  
[Urgent Action für die Demonstrierenden im Iran](#)  
[Tschechische Journalistin beantragt Asyl in Kanada](#)  
[US-Menschenrechtsaktivist vor Gericht](#)

## Europameldungen

[UNHCR fordert Mindeststandards für Asylverfahren in der EU](#)  
[PRO ASYL wirft Bundesregierung Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen vor](#)  
[Beschwerde wegen Zurückweisungen nach Libyen](#)

### Türkei

[Stellungnahme des Europarates zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte](#)  
[AI-Bericht zur Menschenrechtsslage in der Türkei](#)

### Griechenland

[Tausende in die Türkei abgeschoben](#)  
[Bericht des Antifolterkomitees des Europarats kritisiert Zustände in Griechenland](#)  
[6-Punkte-Plan gegen Flüchtlinge und Migranten verkündet](#)  
[Barrot überzeugt sich von griechischer Asylpolitik](#)  
[EU-Unterstützung für Grenzkontrollen](#)  
[Situation von Migrantinnen und Migranten auf Agathonissi](#)

### Frankreich

[Vertreibungen von sans papiers durch Gewerkschaft](#)  
[Rechnungshof weist Migrationsminister in seine Grenzen](#)  
[Hungerstreik im Abschiebungsgefängnis Vincennes](#)  
[Frankreich übernimmt 80 Personen aus Malta](#)

### Spanien

[Ausländerrecht verschärft - humanitäre Hilfe bald legal](#)  
[Bootsankünfte rückläufig](#)  
[Kritik am Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen](#)

### Skandinavien

[Rigides Arbeitsverbot für abgelehnte Asylsuchende in Dänemark ist kostspielig](#)  
[Kritik an Dublin-Überstellungen von Norwegen nach Griechenland](#)  
[Berichte von Polizeigewalt bei Abschiebungen aus Schweden in den Irak](#)  
[Wende in der schwedischen Asylpolitik](#)  
[Personal in schwedischem Haftzentrum sympathisiert mit abgelehnten Asylsuchenden?](#)  
[Asylsuchender nimmt sich das Leben](#)  
[AI: abgelehnte Asylsuchende in Schweden faktisch unbegrenzt in Haft](#)  
[Norwegen will nach Gaza abschieben](#)  
[Asylsuchende in Island im Hungerstreik](#)

### Großbritannien

[Massenabschiebung nach Irakisch-Kurdistan](#)

### Österreich

[Verschärfte Asylverfahrensregelungen](#)

### Italien

[Reportage zur Situation auf Lampedusa](#)  
[Italien schenkt Libyen Patrouillenboote](#)  
[Flüchtlingsboote nehmen längere Routen in Kauf](#)  
[Italien-Newsletter von Judith Gleitze](#)

## 18. Freiwilliges Soziales Jahr beim Ev. Oberkirchenrat Karlsruhe

Der Evangelische Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Baden/Diakonisches Werk Baden in Karlsruhe - Bereich Migration - sucht ab September 2009 eine/n Mitarbeitende/n im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) im Arbeitsfeld Migration und Flüchtlinge

Es erwartet Sie ein spannendes Arbeitsfeld mit vielfältigen Aufgabenbereichen, in dem Sie die Arbeit mit

Migranten/-innen, Aussiedlern und Flüchtlingen hinter den Kulissen und aus dem rechtlichen, sozialpolitischen und humanitären Blickwinkel kennen lernen. Ihr Aufgabenfeld ist sehr vielfältig und reicht von der Mithilfe und Organisation von Fortbildungen und Tagungen im Flucht- und Migrationsbereich bis hin zur Aufnahme von Beratungswünschen, Beantwortung einfacher Anfragen nach voriger Rücksprache. Auch die Mitarbeit in der Beratungsarbeit in einer örtlichen Beratungsstelle ist möglich. Wenn Sie sich für einen spannenden Arbeitsbereich interessieren, gerne selbstständig arbeiten und sich für politische, kirchliche und soziale Fragen interessieren, könnte diese FSJ-Stelle genau das Richtige für Sie sein.

Übrigens ist es auch möglich im Fachbereich Migration ein Praktikum zu machen (z. B.

Verwaltungspraktikum Sozialpädagogik oder in verschiedenen anderen Studiengängen) oder die Wahlstation im Rahmen des juristischen Referendariats.

[Weitere Informationen und Kontaktdaten.](#)

## 19. Termine

**Plenum des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:**

07.11.2009

**Herbsttagung des Flüchtlingsrates B.-W. in Bad Herrenalb:**

18.-20.09.2009: Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Deutschland. Analysen und Strategien.

[Zum Programm](#)

## Weitere Termine in Baden-Württemberg:

**06.08.2009, Heidelberg: Zerrin Konur/Anna K. Wolf (Rechtsanwältinnen): Das Asylrecht:** Ablauf und Voraussetzungen. **5. Abend** einer (kostenlosen) Vortragsreihe zum Migrationsrecht. TeilnehmerInnen werden um Voranmeldung gebeten unter Tel. 06221 8936184. Weitere geplante Themen: Rechte türkischer Staatsangehöriger (17.09.), Niederlassungserlaubnis (8.10.), Ausweisung (12.11.), Duldung (10.12.)

**29.11.-1.12.2009, Bad Boll, Ev. Akademie: Tagung Traumatherapie und gesellschaftliches Umfeld.** [Weitere Infos.](#)

## Sonstige Termine, bundesweit:

27.09.-3.10.2009: Interkulturelle Woche

02.10.2009: Tag des Flüchtlings

08.-18.11. 2009: Ökumenische Friedensdekade: "Mauern überwinden". [Weitere Informationen.](#)

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"

10.12.2009: Tag der Menschenrechte